

Übersetzung aus dem Englischen

26. August 2011

Eure Exzellenz
Kamran Daneshjoo
Minister für Wissenschaft, Forschung und Technik
Islamische Republik Iran

Exzellenz,

am 6. Juni 2011 gab die Iranian Student News Agency bekannt, dass das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Technik das Bahá'í Institute for Higher Education (BIHE) für illegal erklärt hat. Diese Erklärung erfolgte wenige Tage nachdem Regierungsbeamte in etwa dreißig Häusern von Bahá'í, die mit BIHE in Verbindung standen, Razzien durchgeführt und eine Reihe dieser Personen inhaftiert hatten.

Wie Ihnen bekannt ist, wurden unmittelbar nach der Islamischen Revolution und entgegen der damals geltenden Gesetze Bahá'í-Studenten von den Universitäten Ihres Landes verwiesen sowie Bahá'í-Professoren und Dozenten aus ihren Positionen entlassen. Die Regierung bestand nachdrücklich auf der Durchsetzung dieser Ungerechtigkeit. Bemühungen, mit den zuständigen Stellen mögliche Lösungen zu finden, erwiesen sich als vergeblich. So wurde bis spätestens gegen Ende der 1980er Jahre offenkundig, dass sich Bahá'í nicht an Universitäten einschreiben konnten, ohne ihren Glauben zu verleugnen. Auch wurde deutlich, dass die Regierung diesen Umstand nicht korrigieren würde. Unter diesen Umständen war es unverkennbar nicht möglich, eine ordentliche Universität für Bahá'í zu gründen; die Bemühung um ihre Genehmigung wäre vor dem Hintergrund der unverhohlenen Feindseligkeit vonseiten der Regierung eine vergebliche, wenn nicht gar eine riskante Provokation gewesen. Folglich traf die Gemeinde informelle Vorkehrungen, die entlassenen Professoren einzusetzen, um die Bahá'í-Jugend ehrenamtlich zu unterrichten.

Wie jede andere Unternehmung, die organisiert und koordiniert wird und eben daraus einen Nutzen zieht, wurde auch dieses Vorhaben nach und nach systematisiert. Später wurde es das Bahá'í Institute for Higher Education genannt. Auch wenn die Bahá'í-Gemeinde diese Initiative zu jener Zeit nicht öffentlich machte, erfuhren davon mit den Jahren Weitere sowohl im Iran als auch im Ausland und boten freiwillig ihre Hilfe an. Da die Gemeinde entschlossen war, den Bedürfnissen jedes jungen Menschen entgegenzukommen, wurde die Struktur somit ein wenig aufwendiger. Jedoch blieb die Initiative eine interne Aktivität der Gemeinde. Seine Bestrebungen galten nur der Jugend innerhalb der Bahá'í-Gemeinde und umfassten nicht die Bildung der Allgemeinheit. Meistens wurde der Unterricht in Bahá'í-Häusern abgehalten. Die Teilnahme war freiwillig und die Studenten hatten durch die Teilnahme nur wenige Vorteile. Sie erwarteten keinen offiziellen Abschluss und es wurde auch niemand irgendein anderer Vorteil versprochen wie beispielsweise bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Das Ziel war allein, die intellektuellen Fähigkeiten der Jugend zu schulen, um sie auf den Dienst an ihrer Gesellschaft vorzubereiten. Diese Aktivität der Bahá'í-Gemeinde kann mit dem von Eltern arrangierten Unterricht zu Hause oder mit Privatlehrern verglichen werden, wenn Kinder nicht öffentliche Schulen besuchen können. Waren diese Bemühungen nicht auch in der Vergangenheit unter den Iranern wohlbekannt, die Lernen schon immer schätzten und für wertvoll erachteten?

Seit Beginn der Initiative hat die Islamische Republik immer wieder Versuche unternommen, ihren Fortschritt aufzuhalten und ihre Teilnehmer zu drangsaliieren. Häuser von Bahá'í wurden ohne zu zögern durchsucht. Bei solchen Razzien wurden Computer, Bücher und andere Materialien konfisziert, die nur unter Opfern und mit Mühe angeschafft worden waren. Viele, die sich bei dem Vorhaben engagierten, wurden verhaftet. Sie wurden aufgefordert, eine Erklärung zu unterschreiben, um sich zu verpflichten, jeden Kontakt zum Projekt zu meiden. Die Razzien in 500 Häusern von Bahá'í in ganz Iran im Jahre 1998 ist ein Beispiel dieser Übergriffe. Es soll den privaten und nach innen gerichteten Charakter des Vorhabens veranschaulichen.

Solche Maßnahmen wurden, wie Sie wissen, im Zuge einer offiziellen Regierungspolitik und als Teil einer systematischen Kampagne durchgeführt, die Bahá'í-Gemeinde als lebensfähige Einheit in Ihrem Land zu vernichten. Ein geheimes Memorandum zur "Bahá'í-Frage", das 1991 vom iranischen Obersten Rat der Kulturrevolution verfasst und vom Obersten Führer bestätigt wurde, bringt die Position der Islamischen Republik gegenüber der Bahá'í-Gemeinde klar zum Ausdruck. Das Memorandum schreibt vor, dass die iranischen Bahá'í so zu behandeln seien, dass „ihr Fortschritt und ihre Entwicklung blockiert sind“. Eine Kopie des Dokuments finden Sie in der Anlage. Sie sind sicherlich sehr vertraut mit den darin enthaltenden Anordnungen unter dem Titel „Status in Ausbildung und Kultur“, wonach Bahá'í entweder bei der Einschreibung oder während ihres

Studiums der Universitäten verwiesen werden müssen, sobald bekannt wird, dass sie Bahá'í sind.“

Die Erfahrung der nachfolgenden Jahre zeigte mehr als genug, dass die Politik weiterhin in vollem Umfang gültig ist, Bahá'í aus den Hochschulen Ihres Landes fernzuhalten. Als Folge des weitreichenden Protests über den Ausschluss der Bahá'í aus den Universitäten Ihres Landes erklärten im Jahre 2006 bei mehreren Gelegenheiten Vertreter Ihrer Regierung gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft, dass die Religionszugehörigkeit auf den Antragsformularen zur Einschreibung nicht die religiöse Identität der Bewerber betreffe, sondern das religiöse Fach, in dem sie geprüft werden würden. Die Bahá'í-Gemeinde akzeptierte diese Erklärung in gutem Glauben. Seitdem versuchten Bahá'í, an den jährlichen nationalen Aufnahmeprüfungen teilzunehmen, auch wenn die Schwierigkeiten, denen sie ausgesetzt waren, die Zahl der Bewerber von Jahr zu Jahr zu verringerten. Nichtsdestotrotz bestanden die meisten Bewerber die Prüfung, einige davon mit Bestnoten.

Monate nach den Aufnahmeprüfungen von 2006 – in dem gleichen Jahr, in dem Sie öffentlich versicherten, dass die Bahá'í in den Formularen nicht ihre Religion abstreiten müssen, um an der Universität zugelassen zu werden – verschickte die Zentrale Sicherheitsabteilung Ihres eigenen Ministeriums einen Brief an 81 Universitäten in ganz Iran. Sie wiesen sie an, die Bahá'í „bei der Einschreibung oder im Laufe Ihrer Studien, sobald sie als Bahá'í identifiziert wurden, auszuschließen. Es ist daher notwendig, Maßnahmen einzuleiten, die die weiteren Studien der oben genannten [Individuen] verhindern, und einen Abschlussbericht an dieses Büro zu schicken.“ Eine Kopie dieses Dokuments ist ebenfalls angehängt.

So ist der Zugang zu Hochschulbildung den Bahá'í-Jugendlichen auf die eine oder andere Weise verwehrt. Sie nehmen an den Aufnahmeprüfungen teil, nur um dann feststellen zu müssen, dass sie nicht zugelassen wurden, weil ihre Unterlagen 'unvollständig' gewesen sein. Universitäten weigern sich, viele derjenigen aufzunehmen, die die Prüfung bestanden haben. Die kleine Anzahl, die sich einschreiben kann, weil ihre Religionszugehörigkeit bei der Immatrikulation übersehen wurde, wird später exmatrikuliert. In ein paar besonders schrecklichen Fällen erfolgte dieser Rauswurf nur wenige Wochen oder Tage vor dem Studienabschluss. Der gerechte Maßstab darüber, ob die Bahá'í Zugang zu Hochschulbildung haben, bemisst sich nicht darauf, wie viele Sie von ihnen erlauben, Universitäten besuchen zu können, sondern wie viele von ihnen ihre Studien abschließen dürfen. Jedem genauen Beobachter ist einleuchtend, dass der einzige Grund darin besteht, ein paar Bahá'í-Jugendliche an Ihren Universitäten zuzulassen, es Regierungsbeamten ermöglicht abzustreiten, dass sie Bahá'í den Zugang zu Hochschulbildung verwehren – diese Behauptung ist schlichtweg heuchlerisch.

Und nun sind die Bahá'í neuer Drangsal ausgesetzt, denn sie erfahren in Verhören über ihre Beteiligung an den informellen Bemühungen für die Bildung von Jugendlichen rücksichtslose Behandlung. Personen, die bei dem Bildungsprogramm mithelfen, werden mit Gefängnisstrafen bedacht. Eltern, die Gastgeber von Unterrichtsklassen sind, werden darüber informiert, dass ihr Haus beschlagnahmt wird, sollte dort weiterhin unterrichtet werden. Und Studenten werden davor gewarnt, am Unterricht teilzunehmen. Sie würden niemals Hochschulbildung erlangen, solange sie nicht ihrem Glauben abschwören und sich als Muslim erklären. Wenn iranische Regierungsvertreter auf internationaler Bühne mit diesen Tatsachen konfrontiert werden, behaupten sie jedoch, dass im Iran keinem aufgrund seines Glaubens Bildung vorenthalten wird. Wie bedauerlich, dass Repräsentanten der Islamischen Republik solche falschen Behauptungen verbreiten und damit die Glaubwürdigkeit der Regierung weiter untergraben. Wann hört die Regierung im Iran endlich damit auf, den Bahá'í im Iran Sachen zu sagen, aber auf internationaler Bühne Beschwichtigungen zu verbreiten, die dem widersprechen?

Es ist der Weltöffentlichkeit offenkundig, allen voran den Förderern sozialer Gerechtigkeit, Akademikern, Studenten und natürlich der Mehrheit des iranischen Volkes, dass es verwerflich und entgegen aller rechtlichen, religiösen, moralischen und humanitären Normen ist, Jugendlichen Bildung vorzuenthalten. Viele Regierungsbeamte, an die sich Bahá'í hilfesuchend wenden, darunter auch Mitarbeiter Ihres eigenen Ministeriums, sympathisieren mit den Bahá'í. Sie sagen ihnen, dass ihnen durch Anordnung von oben, sich an die Vorschriften des Memorandums des Obersten Rat der Kulturrevolution von 1991 zu halten, die Hände gebunden seien. Zur gleichen Zeit verschärft Ihre Regierung das Leid der jungen Mitglieder der Bahá'í-Gemeinde.

Wie kann eine Regierung eine Gruppe junger Bürger von Hochschulbildung ausschließen, um dann, wenn sich Familien gegenseitig unterstützen und in ihren Privaträumen Fächer wie Physik und Biologie anbieten, diese Aktivitäten für illegal erklären, indem sie Gesetze heranziehen, die doch eigentlich geschaffen wurden, um Bildungseinrichtungen zu lenken, die der Allgemeinheit dienen? Warum geht die Regierung derart schonungslos gegen die Ernsthaftigkeit der Bahá'í-Jugend vor, Hochschulbildung zu erlangen? Lehren die Professoren in Ihren Universitäten ihre Studenten nicht, eine solche Hingabe an das Lernen zu kultivieren?

Auch wenn das Bildungsprogramm der Bahá'í-Gemeinde zu keinem Zeitpunkt in der Lage war, seinen Studenten formale Abschlüsse zu verleihen, haben sich manche Studenten des Bahá'í Institute for Higher Education (BIHE) mit ihren Leistungen derart hervorgetan, dass Universitäten im Ausland sie zu Postgraduiertenstudiengängen zugelassen haben. Was Professoren und Kommilitonen, die zu solchen Studien ins Ausland gegangen sind, am meisten bewundern, ist ihre feste Absicht, nach dem Studienabschluss trotz der vielen Widrigkeiten, denen sie ausgesetzt sind, in den Iran zurückzukehren und zum

Fortschritt ihres Landes beizutragen. Warum wird die Absicht, etwas zum Fortschritt des Landes beizutragen, von der iranischen Regierung nicht gewürdigt?

Es kostet Mühe, ein weiteres Beispiel einer Regierung anzuführen, die so sehr darin aufgeht, den Bildungsfortschritt einer Minderheit derart systematisch zu blockieren. Denn es geht nicht nur darum, den Bahá'í soziale und behördliche Hindernisse in den Weg zu legen, wie bei vielen anderen Minderheiten auch. Auch geht es nicht einfach darum, dass die Regierungspolitik die Bahá'í davon abhält, Hochschulbildung zu erlangen, wie bedauernswert dies auch sein mag. Sie gehen weiter, ohne akzeptable Erklärung oder Begründung, indem sie es für illegal erklären, wenn einige Ihrer Bürger ihren Verstand benutzen, um sich selbst Wissen anzueignen!

Die iranische Regierung droht mittlerweile den Bahá'í mit großangelegten Verhaftungen, sollten sie ihr Engagement für die Hochschulbildung der Bahá'í-Jugend nicht einstellen. Die Anklagen sind jedoch sehr vage. Was ist „illegal“? Zu studieren? Zu lernen? Andere bei ihrem Streben nach Wissen zu begleiten? Warum Bahá'í-Jugendliche daran hindern zu studieren oder sich zu treffen, um zu lernen? Warum es entlassenen Universitätsprofessoren verbieten, ihr oder sein Wissen mit jungen Menschen zu teilen, denen der Zugang zu Bildung versperrt ist? Was ist letztendlich illegal: eine Regierungspolitik, die Bürger aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit von der Hochschulbildung ausschließt oder die Bestrebungen einer Gemeinde, ihre eigenen Jugendlichen auszubilden? Es ist nur allzu offensichtlich, wenn die gegenwärtigen Bemühungen der Bahá'í-Gemeinde, ihre Jugendlichen zu bilden, als illegal erklärt werden, dies nur eine weitere Machenschaft ist – ein durchschaubarer Versuch, das Bahá'í-Prinzip des Gehorsams gegenüber der Regierung zu missbrauchen, um die Bahá'í zu Komplizen dafür zu machen, den Fortschritt ihrer eigenen Gemeinde zu verhindern.

Nach Ansicht der Bahá'í verdient eine Regierung, verstanden als ein System, das Wohlergehen und den geregelten Fortschritt der menschlichen Gesellschaft fördert, Respekt und uneingeschränkte Unterstützung. Der Gehorsam der Regierung gegenüber ist sogar ein Merkmal des Glaubens der Bahá'í. Dieser Gehorsam gilt jedoch nicht absolut. Sie werden beispielsweise keinen noch so kleinen Kompromiss eingehen, wenn es um Dinge grundlegender geistiger Prinzipien geht – und die Erziehung von Kindern und Jugendlichen ist ein solches Prinzip.

Zu den Lehren der Bahá'í zählt, dass Gott „den Menschen in seiner Wesenheit auserwählt und ihn mit Verstand und Weisheit, den beiden strahlendsten Lichtquellen in dieser und der anderen Welt, ausgezeichnet hat.“ „Wissen“ gleicht gemäß unserer Schriften „den Flügeln im Leben des Menschen, es ist wie eine Leiter für seinen Aufstieg“. Sein Erwerb ist „jedermands Pflicht“. Es ist ein „ein wahrer Schatz für den Menschen, eine Quelle des Ruhmes, der Großmut, der Freude, der Erhabenheit, des Frohsinns und der Heiterkeit.“ Weiterhin heißt es: „Glück und Stolz

einer Nation bestehen darin, dass sie wie die Sonne am Himmel des Wissens erstrahlt“. Eltern werden angehalten, „jede Mühe auf sich zu nehmen, um die Tochter und den Sohn zu erziehen“ und sie „an der Brust der Wissenschaften und Künste zu nähren.“

Daher sehen die Bahá'í im Erwerb von Wissen eine vom Allmächtigen auferlegte Pflicht eines jeden Menschen, um die verborgenen Schätze menschlichen Potentials zu entwickeln und zur Besserung der Gesellschaft beizutragen. Allen sollte die Freiheit gewährt werden, Wissen zu erwerben; keine Regierung sollte seinen Bürgern dieses grundlegende und heilige Recht vorenthalten. Nichtsdestotrotz sind die iranischen Bahá'í als Reaktion auf die jüngsten Regierungsaktionen damit beschäftigt, Rückblick auf die letzten zwanzig Jahre zu halten, in denen sie ihre Jugend unterrichteten. Sie werden nötigenfalls Änderungen vornehmen, um die informelle Beschaffenheit ihrer Bemühungen noch stärker zu betonen. Dies tun sie, um ein weiteres Mal ihren guten Willen zu zeigen.

Exzellenz, Sie sind sich voll und bewusst darüber, dass die Bahá'í sich ihrer Verantwortung, ihren jungen Leute im Iran die beste, die nutzbringendste Bildung zu bieten, nicht entziehen können, noch werden sie ihren Glauben verleugnen, um Zugang zu Hochschulbildung zu erhalten. Wir appellieren daher an Sie, als für die Bildung der Jugend unserer Nation verantwortlichen Minister, sich dafür einzusetzen, die ungerechten und repressiven Praktiken der Regierung der Islamischen Republik zu beenden – nicht nur für die Bahá'í-Jugend, sondern auch für alle anderen Bürger.

Hochachtungsvoll,
Bahá'í International Community

Anlagen

Kopie: Ständige Vertretungen der Islamischen Republik Iran
bei den Vereinten Nationen
New York und Genf